

Cornelia Markowski

Armut von Familien – Ansätze für soziale Durchlässigkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Bericht über ein Expertentreffen

Am 16./17. November 2017 kamen in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins in Berlin 18 Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz aus der Armutsforschung und -berichterstattung sowie von Wohlfahrtsverbänden als Träger sozialer Dienste für Menschen mit Armutserfahrungen zusammen. Eingeladen hatten der Deutsche Verein, das Österreichische Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA) und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die drei Institutionen arbeiten seit Jahren mit der Unterstützung des International Council on Social Welfare (ICSW) immer wieder ländervergleichend zu ausgewählten sozialpolitischen Fragestellungen zusammen. Bei früheren Treffen standen Fragen zur Gestaltung der Sozialhilfe, zu Instrumenten der Armutsbekämpfung, Armutsbichterstattung, Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere im Betreuungs- bzw. Sachwalterschaftsrecht oder der Pflegefinanzierung auf dem Programm. Gegenstand des Seminars 2017 waren die Armut von Familien in den drei Ländern und insbesondere Ansätze, mit denen sich verfestigter Armut wirksam begegnen lässt.

1. Deutschland

1.1 Lage und Entwicklung der Armut von Familien in Deutschland

Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen leitete umfassend in das Thema ein. Je nach Datenquelle ergeben sich leicht unterschiedliche Werte für die allgemeine Armutsrisikoquote in Deutschland.

Auch wenn die Debatte in Deutschland über Armut aktuell eher durch den Begriff der Altersarmut dominiert sei, ist die Diskussion über Kinderarmut nach wie vor relevant. Für Kinder aus armen Familien können sich lebenslang Nachteile ergeben, wenn ihre Entwicklungsperspektiven vernachlässigt werden. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht

der Bundesregierung stellt deutlich die Verbindung zwischen schlechten Startbedingungen in frühen Lebensjahren und sozialer Mobilität im Erwachsenenalter her.¹ Gerhard Bäcker regte an, den Familienbegriff nicht zu stark an Eltern-Kind-Konstellation festzumachen. Lediglich 25 % der gemeinschaftlichen Lebensformen finden mit Kindern statt. Die Mehrheit hat keine Kinder (mehr oder noch nicht) zu versorgen. Aus Untersuchungen zur Einkommensarmut gehe hervor, dass Kinderarmut insbesondere in Mehrkinderfamilien und in Haushalten mit alleinerziehenden Elternteilen vorkomme.² Bei Familien mit Migrationshintergrund ist das Armutsrisiko durchschnittlich 2,5-fach höher. Trotz aller Bemühungen, öffentliche Infrastrukturen und Leistungen für benachteiligte Familien und Kinder auszubauen, hat der sozioökonomische Status des Elternhauses immer noch entscheidende Auswirkung auf die Bildungswege, den Schulerfolg und die späteren Einkommenschancen der Kinder in Deutschland.³

40 % der Personen, die heute Leistungen nach dem SGB II beziehen, sind vier Jahre oder länger im Bezug. Interessiert man sich für die Frage, wie vielen Personen es gelingt, im Laufe der Zeit ihre prekäre Lage zu überwinden, stellt man fest, dass die verfügbaren Daten nur selten Aussagen auch über den Verlauf der Armutserfahrungen oder soziale Mo-



Cornelia Markowski

1) Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2017, S. 265.

2) Familienbericht – Leistungen, Wirkungen, Trends, hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2017, S. 48 ff.

3) 5. Armuts- und Reichtumsbericht (FuBn. 1), S. 278.

Cornelia Markowski, Ass. jur., leitet die Stabsstelle Internationales im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin.

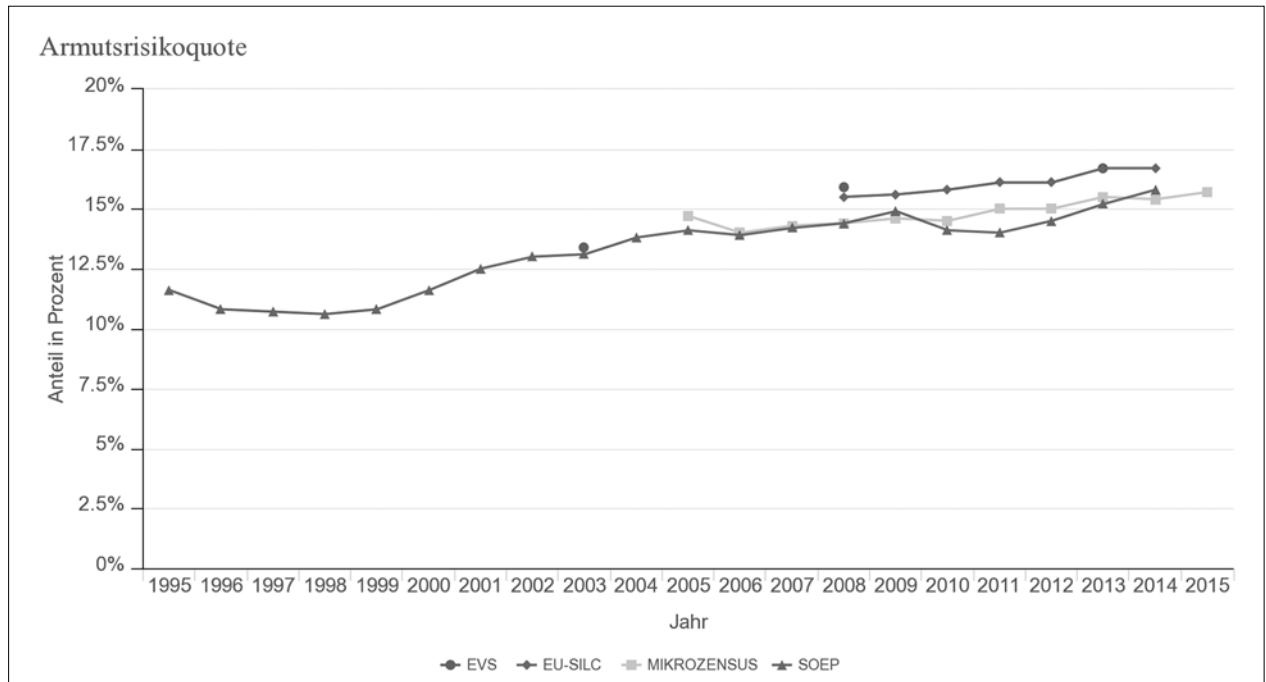


Abb. 1: Armutrisikoquote in Deutschland 1995–2016

Quelle: BMAS

bilität zulassen.⁴ Damit leitete Gerhard Bäcker zum Vortrag von Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg, Universität Bremen, über.

1.2 Verfestigte Armut

Olaf Groh-Samberg präsentierte Ergebnisse des Forschungszentrums Socium „Ungleichheit und Sozialpolitik“ zur Verfestigung der Armut in Deutschland. Um verfestigte Armut zu beschreiben, gingen die Forscherinnen und Forscher von einem multidimensionalen Armutsindikator aus: Besteht Einkommensarmut über fünf Jahre und eine Betroffenheit in zwei der Lebenslagen Wohnen, Rücklagen oder Arbeitslosigkeit, liegt verfestigte Armut vor. Um den Indikator anwenden zu können, wertete Olaf Groh-Samberg mit seinem Team Daten des Sozioökonomischen Panels aus dem Zeitraum 2004 bis 2014 aus. Die Auswertung zeigte, dass 67 % der Personen im Verlauf der zehn Jahre in der verfestigten Armut verblieben. Die Zahl der Aufstiege in den gesicherten Wohlstand nahm kontinuierlich ab, bis auf ca. 2 % (2009 bis 2014). Bemerkenswert ist aber vor allem die Zunahme der Abstiege aus dem Prekariat (Einkommensschwankungen um den 60 %-Wert des Medianeinkommens) in die verfestigte Armut. Das Risiko für eine Verfestigung war besonders hoch für (Fach-)Arbeiterhaushalte, für Personen mit Hauptschulabschluss ohne weitere berufliche Bildung (hier allerdings abnehmende Tendenz infolge der aktuellen Bildungsexpansion) und Personen mit Migrationshintergrund.

Mit Blick auf eine Übertragung der Armut auf die nachfolgende Generation wurden in der Studie auch Kinder (12 bis 16 Jahre) berücksichtigt, die in den beobachteten Familien lebten: Weniger als 5 % der Kinder gelang der Aufstieg in den gesicherten Wohlstand. Die Hälfte stieg in

den als Prekariat definierten Bereich auf. Ca. 30 % gelang der Weg aus der verfestigten Armut nicht.

Olaf Groh-Samberg stellte zusammenfassend fest, dass die Annahme, in individualisierten, modernen Gesellschaften würden temporäre Armutserfahrungen oder Statusschwankungen um die Armutrisikoschwelle herum zunehmen, nicht zutreffend sei. Vielmehr steige die verfestigte Armut seit Ende der 1990er-Jahre an. Die Beobachtungen verdeutlichten, dass die Verfestigung von Armut ein sich selbst verstärkender Prozess sei: Eine materielle Problemlage bedinge nicht selten den Eintritt einer weiteren. Armut setze sich in den individuellen Biografien fest, aber auch in der Umwelt, in Stadtteilen und Milieus, was die Chance zum sozialen Aufstieg wiederum reduziere.

1.3 Wege aus der Armut durch mehr soziale Durchlässigkeit in Deutschland

Genau an den Möglichkeiten zur Gestaltung und Prägung von Stadtteilen und Milieus setzt das Praxisprojekt „Kekiz“⁵ an, das das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit 18 Kommunen bis 2015 durchgeführt hat. Die Bertelsmann Stiftung begleitete das Projekt wissenschaftlich. Christina Wieda von der Stiftung stellte die Ergebnisse vor. Die Ausgangsfrage war, wie sich der Kreislauf der „Vererbung von Armut“ in Familien durch kommunale Maßnahmen wirksam durchbrechen lasse. Grundlage aller Überlegungen

4) Ausnahmen sind z.B. Holz, G./Laubstein, C./Sthamer, E.: Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland – 15 Jahre AWO-ISS-Studie, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main 2012; Tophoven, S./Lietzmann, T./Reiter, S./Wenzig, C.: Armutsmuster in Kindheit und Jugend, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Gütersloh 2017.

5) Weitere Informationen zum Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ (KeKiz): <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/kein-kind-zuruecklassen-kommunen-schaffen-chancen/>

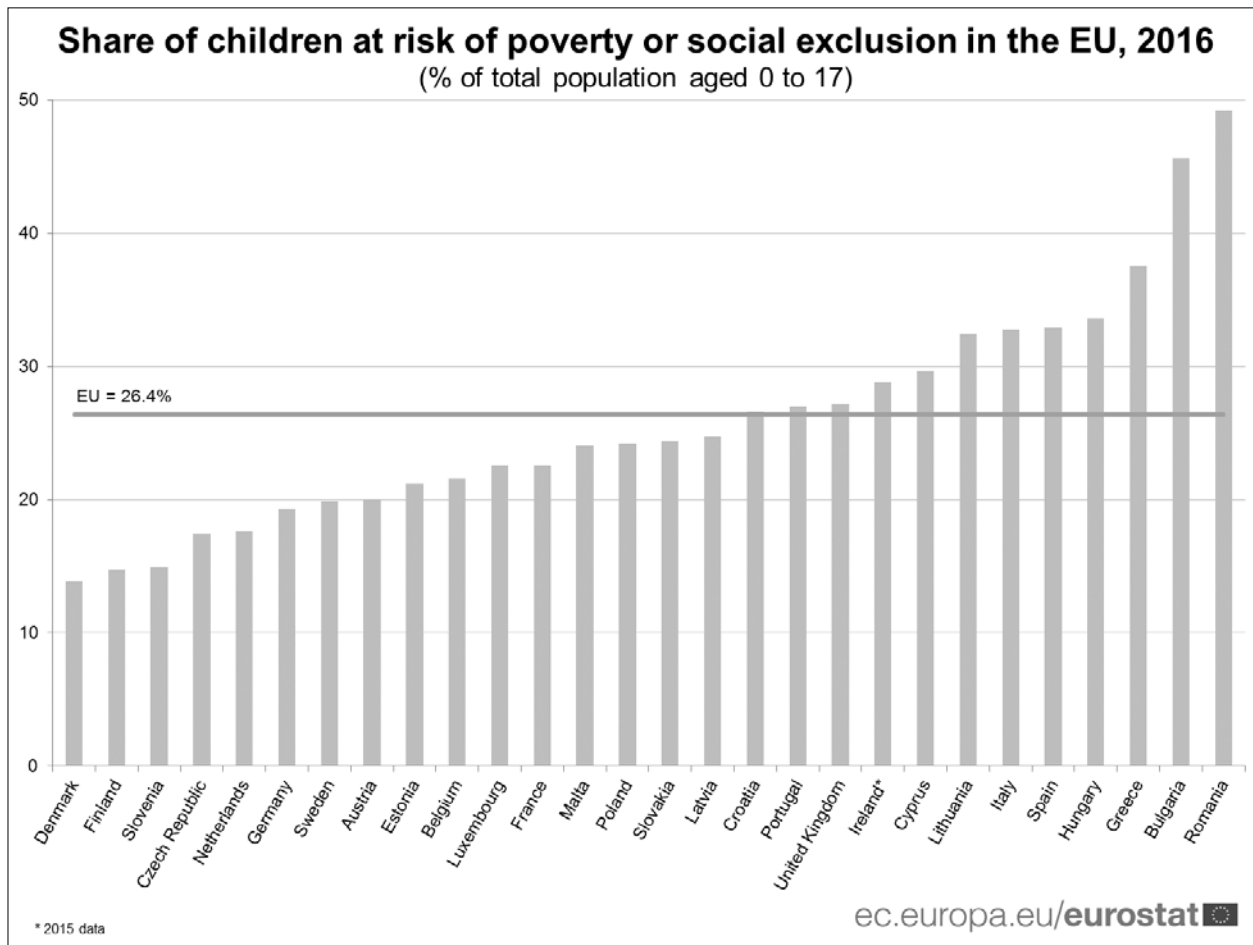


Abb. 2: Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder in den EU-Mitgliedstaaten, 2016

war dabei, dass Kinderarmut ein nachweisbares Risiko für die Entwicklung von Kindern mit sich bringt.⁶ Damit sich jedem Kind Perspektiven und damit ein Weg aus der Armut eröffnen, sollte das Projekt den Aufbau von Ketten von Präventionsangeboten befördern, die ohne Brüche von der Geburt bis zum Übergang Schule-Beruf wirken.

Theoretisch sollten innerhalb einer Kommune Präventionsangebote aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur gut vernetzt sein und – orientiert am Lebenslauf der Kinder und Jugendlichen – aufeinander aufbauen. Praktisch scheitert diese Vernetzung oft an den verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb der Kommune oder im Verhältnis zur Kreisebene (Gesundheitsbereich) bzw. Landesebene (Bildungsbereich). Erschwerend kommt die „Versäulung“ der Hilfesysteme für die Mindestsicherung und Sozialversicherung hinzu. Sie macht die Kinder vom sozialen Status der Eltern abhängig.

Nach den Erkenntnissen des Projekts gelingt der Zugang der Familien (auch belasteten) zu präventiven Angeboten am besten durch Einrichtungen des Gesundheitswesens, also über Kinderärztinnen, Kinderärzte, Hebammen oder über eng mit der Geburt verknüpfte Angebote. Frühe Intervention ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor.⁷ Im Gesund-

heitsbereich gelten präventive Angebote jedoch als am wenigsten entwickelt. Der Gesundheitsbereich bietet damit noch ungenutzte Möglichkeiten, den Zugang von allen Kindern und Familien, auch der schwer erreichbaren, zu verbessern. Nach eigenen Erhebungen des Projekts informieren sich Eltern neben Verwandten und Freunden am häufigsten bei Kinderärztinnen, Kinderärzten sowie Lehrerinnen und Lehrern in der Schule über mögliche Angebote. Folglich empfiehlt es sich, Präventionsaufgaben vor Ort an Regeleinrichtungen wie (Grund-)Schule, aber auch Kita, anzubinden, anstatt viele gesonderte Einzelprojekte zur Armutsprävention in der Kommune durchzuführen. Klar ist, dass die Einrichtungen diese Präventionsaufgabe zukünftig nur wahrnehmen können, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür geschult und so ausgestattet sind, dass sie den Bedarf ermitteln und eine Beratung bzw. Zusammenarbeit mit den Familien und Kindern darauf ausrichten können. Die Hauptbotschaft von Christina Wieda lag angesichts der Erfahrungen mit „Kekiz“ darin, dass Armutsprävention durch „Präventionsketten“ als strategi-

6) Groos, T./Jehles, N.: Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“ der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2015, S. 30 ff.

7) Groos/Jehles (Fußn. 7), S. 48.

sche Entscheidung klar von der kommunalen Spitze ausgehen muss, sonst seien die Hürden bei der ämterübergreifenden Vernetzung der Angebote kaum zu meistern. Die kommunale Steuerung zur Gestaltung und Prägung eines Stadtteils oder Milieus bedarf eines angepassten sozialräumlichen Monitorings, um den Zusammenhang der sozialen Lage und der Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen transparent zu machen und geeignete Maßnahmen zu finden. Christina Wieda verwies beispielhaft auf das „Netzwerk INFamilie“ in Dortmund.⁸ Kolleginnen und Kollegen einer Grundschule, eines Familienzentrums und eines Familien-Projekts der Stadt Dortmund haben 2011 in einem sozial schwachen Stadtteil von Dortmund eigeninitiativ ein Netzwerk aufgebaut, das 2016 per Ratsbeschluss in die Aktionsräume der Sozialen Stadt übernommen wurde. Das Netzwerk verbindet eine Reihe von Angeboten mit dem Ziel der Armutsprävention, z.B. „Dortmunder Kinderstuben“ (Betreuung und intensive Förderung von Kindern von 0 bis 3 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte und ihrer Familien bei der Vorbereitung auf den Kita-Besuch), Bruder Maiko (Bereitstellung warmer Mittagsmahlzeiten für Grundschulkindern), Bürgergarten, Ausflugsbus, Spielegruppe „Erdmännchen“ etc.

2. Österreich

2.1 Lage und Entwicklung der Armut von Familien in Österreich

In Österreich und der Schweiz wird für die Armutsmessung vorwiegend auf Daten der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen oder der OECD zurückgegriffen.

Bemerkenswerterweise schwankte die Quote während der letzten zehn Jahre für alle drei Länder, lag letztlich 2016 in Deutschland und der Schweiz aber fast auf dem gleichen Niveau wie 2007. In Österreich nahm sie bis 2014 kontinuierlich zu, blieb aber trotz erkennbaren Rückgangs 2016 im Endeffekt deutlich über dem Wert von 2007. Im gleichen Zeitraum stiegen die öffentlichen Ausgaben für Familien und Kinder in Deutschland und Österreich kontinuierlich an.

Prof. Dr. Christine Stelzer-Orthofer von der Universität Linz erläuterte in ihrem Beitrag die Politik für Familien in Österreich. Im Vordergrund stehen Maßnahmen, die den Wandel vom Modell des männlichen Ernährers der Familie zum Modell mit Frauen in der Familienrolle mit Zuverdienstmöglichkeit fördern sollen, nicht die Bekämpfung von Armut in Familien. Im Wege der horizontalen Umverteilung soll mit den öffentlichen Leistungen für Familien deren Existenz sichergestellt und Einkommensverluste kompensiert, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Ausbau der Kinderbetreuung erreicht werden. Fast zwei Drittel der öffentlichen Aufwendungen für Familien sind Geldtransfers (2013: 64,5 %). Steuererleichterungen spielen mit nur 6,3 % eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der öffentlichen Aufwendungen für Kinderbetreuung lag 2013 bei 18,8 %.

Soziale Mobilität wird in Österreich vorwiegend als Bildungsmobilität verstanden, da die Bildungschancen der Kinder auch hier stark vom Bildungsgrad der Eltern abhängen.

Bei Familien mit Migrationshintergrund ist es besonders ausgeprägt. Dieses Phänomen habe sich auch mit dem allgemein steigenden Bildungsniveau nicht verändert („Fahrstuhleffekt“).

2.2 Wege aus der Armut für Familien in Österreich

Aus der Erkenntnis heraus, dass der vorschulischen Betreuung hinsichtlich des Erwerbs von Bildung bzw. Bildungsmobilität große Bedeutung zukomme, liegt der Fokus der österreichischen Politik in dem Kontext auf dem Ausbau der Kinderbetreuung. Im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz ist Österreich beim Verfolgen der sog. Barcelona-Ziele für die Kinderbetreuungsquote von Unter-Dreijährigen am langsamsten vorangekommen. Sie lag 2014 laut Eurostat bei 16 % (Deutschland: 27 %, Schweiz: 34 %). Für die Betreuung der Über-Dreijährigen sieht die Quote mit 90 % deutlich besser aus.

Neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für kleine Kinder ist vor allem der Abbau von Bildungsbarrieren im Schulsystem ein wichtiges Ziel, um Wege aus der Armut zu eröffnen. Sehr aktuell ist der im Zuge der österreichischen Bildungsreform neu festgeschriebene „Chancen-Index“. Angesichts des Bedarfs an Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund nach dem Zustrom von Geflüchteten 2015/2016 wurde ein Index entwickelt, nach dem sich ein evtl. Mehrbedarf objektiv und transparent pro Schule berechnen lässt. Der „Chancen-Index“ berücksichtigt die Zusammensetzung der Schülerschaft über den Familienhintergrund der einzelnen Schülerinnen und Schüler (Bildungsstand, Beruf und Einkommen der Eltern, Sprache des Kindes zuhause etc.). Je nach Indexstufe erhält eine Schule zusätzliche Mittel, um allen Kindern und Jugendlichen gute Chancen bieten zu können. 2018 stehen den Landesbehörden in Österreich 80 Millionen Euro zur Verteilung gemäß „Chancen-Index“ zur Verfügung. Einen vergleichbaren Weg beschreitet Hamburg seit gut 20 Jahren an zwei „Brennpunktschulen“. Evaluationen zeigen, dass die zusätzlichen Mittel dort bewirken, dass Schülerinnen und Schüler an sozial stark belasteten Standorten gleichviel dazulernen wie Kinder und Jugendliche an weniger belasteten Schulen, obwohl der Lernstand an letzteren nach wie vor höher sei.

Weitere Maßnahmen zur Förderung der sozialen Mobilität in Österreich zielen auf die Verbesserung der Einkommenssituation von Familien, vor allem durch eine bessere Erwerbsintegration von Frauen. Anders als in der Schweiz ist die Frauenerwerbsquote in Österreich recht niedrig (in der Schweiz ist allerdings der Anteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiten, wiederum sehr hoch). Untersuchungen haben gezeigt, dass sich das Armutsrisiko von alleinerziehenden Elternteilen um zwei Drittel reduziert, wenn die Person erwerbstätig wird. Österreich weist im europäischen Vergleich ein besonders großes geschlechtsspezifisches Lohngefälle auf. Lohnunterschiede und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sollen durch die Einführung von Mindestlöhnen reduziert werden.

8) Weitere Informationen zu „INFamilie“ unter: https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/familie_und_soziales/familienportal/kein_kind_zuruecklassen/netzwerk_infamilie/projektbeschreibung/index.html

Martin Schenk, langjähriges Mitglied der Nationalen Armutskonferenz in Österreich, gab einen kurzen Überblick über gute Praxisbeispiele zur Förderung der sozialen Mobilität in Österreich. „Nachbarinnen“⁹ sind Frauen mit Migrationshintergrund, die über mehrere Monate theoretisch wie praktisch ausgebildet werden, um dann Familien und Frauen mit Migrationshintergrund aufzusuchen, bei Fragen zur Erziehung, Kitabesuch, Schule, Kontakt zu öffentlichen Stellen etc. zu unterstützen, in Gesundheitsfragen zu beraten und Wege zu wichtigen Informationen und Angeboten zu zeigen. Diese Unterstützung soll dazu beitragen, Frauen in die Lage zu versetzen, für sich und ihre Familien Chancen wahrnehmen zu können und dem Armutsrisiko zu entgehen. Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist das „Nightingale“-Projekt.¹⁰ Ursprünglich vor gut 20 Jahren in Schweden ins Leben gerufen, macht es freiwillige Studentinnen und Studenten von Pädagogischen Hochschulen zu Mentorinnen und Mentoren für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, z.B. an Volksschulen in Wien, Graz, Salzburg und Linz. Ziel ist es, neben dem Von-einander-Lernen die Bildungsmotivation der Schülerinnen und Schüler zu steigern.



Quelle: Pixabay

Das Projekt „Hunger auf Kunst und Kultur“¹¹ setzt auf besseren Zugang für arme Menschen zu Kunst- und Kulturveranstaltungen und zielt damit mittelbar auf Bildungserwerb und Bildungsmotivation. Der dazu nötige „Kulturpass“ kann von allen Personen beantragt werden, die Mindestsicherung und Arbeitslosengeld beziehen, von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und allen Personen mit ihren Kindern über zehn Jahre, soweit ihr Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Mit einem „Kulturpass“ haben sie sechs Monate lang freien Eintritt in (teilnehmenden) Kultureinrichtungen in nunmehr sieben von neun Bundesländern.

3. Schweiz

3.1 Die Lage und Entwicklung der Armut von Familien in der Schweiz

Die Lage in der Schweiz wurde von Yann Bochsler, Fachhochschule Nordwestschweiz, und Dr. Kaspar Burger, Universität Genf, beschrieben. In der Schweiz ist die Sozialhilfestatistik maßgeblich für die Armutsmessung. Nach der Statistik sind 3,2 % der Bevölkerung in der Schweiz,

also 266.000 Personen, Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe. Ein Problem dabei ist der Nichtbezug trotz vorliegender Anspruchsvoraussetzungen. Nähme man den Wert von 60 % des Medianeinkommens als Maßstab für die Armutsgefährdung, läge die Zahl nach Aussage von Yann Bochsler bei mehr als einer Million. Besonders hoch ist die Sozialhilfequote bei Alleinerziehenden und Familien in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Alleinerziehende sind nach einer Trennung oft auf Sozialhilfebezug angewiesen, da in der Schweiz das Modell des männlichen Hauptverdieners in der Familie noch weit verbreitet ist.

Auch in der Schweiz wird soziale Mobilität in erster Linie über die Bildungsmobilität gemessen. Trotz Demokratisierung der Bildungszugänge blieb sie im Laufe des 20. Jahrhunderts unverändert. Die soziale Herkunft hat – wie in Deutschland und Österreich – einen entscheidenden Einfluss auf die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen. Selbst bei gleichem Bildungsabschluss ist die soziale Herkunft hinderlich für den sozialen Aufstieg, die weiteren Ausbildungspfade unterscheiden sich. Personen einer schwächeren sozialen Schicht entscheiden sich eher für Qualifizierungen während des Berufslebens und kürzere Ausbildungen, um den sozialen Abstieg zu vermeiden. Personen aus höheren sozialen Schichten hingegen wählen im Vergleich intensivere und längere Bildungswege, um einen hohen Status zu erreichen.

3.2 Wege aus der Armut in der Schweiz

Ungefähr die Hälfte der Personen, die Sozialhilfe beziehen, hat keine berufliche Ausbildung. Die Zahlen zeigen, dass das Armuts- und Sozialhilferisiko insbesondere an den Übergängen von der Schule in die Ausbildung und dann weiter in den Arbeitsmarkt hoch ist. Die Einstiegsmöglichkeit in die berufliche Ausbildung junger Erwachsener wird daher in der Schweiz aktuell als Schlüsselfaktor für die Armutsbekämpfung gesehen. Abhilfe könnte die Einführung eines „Rechts auf Ausbildung für alle“ zur Aktivierung der Betroffenen schaffen, wie es derzeit in den Kantonen diskutiert wird. Das wird allerdings nur die gewünschte Wirkung entfalten, solange Sanktionierungen im Kontext der „Aktivierung“ zur Erwerbsintegration oder die Kürzung von Leistungen zum Lebensunterhalt in dieser Lebensphase nicht gegenläufige Effekte erzeugen. Da die Lebenslagen sehr vielfältig sind, braucht es in den Kantonen für die Umsetzung eines potenziellen Rechts auf Ausbildung ein Case-Management für junge Erwachsene ohne Ausbildung.

Darüber hinaus gehen die Überlegungen in der Schweiz in die Richtung, die Situation armutsgefährdeter Familien durch finanzielle Zuschüsse zu verbessern. In fünf Kantonen wurden Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien eingeführt. Der Unterhaltsvorschuss für Al-

9) <http://www.nachbarinnen.at/index.html> (Wien) oder „Nachbarinnen – Aufsuchende Familienarbeit im transkulturellen Kontext“. Ein Gemeinschaftsprojekt des „Zentrums für MigrantInnen Oberösterreich“ (migrare) und der Volkshilfe, wissenschaftlich begleitet von der Fachhochschule Oberösterreich.

10) Weitere Informationen zum „Nightingale“-Projekt unter: <http://www.kinderfreunde.at/Gemeinsam/Projekte/Nightingale-SchuelerInnen-Mentoring>

11) Weitere Informationen zum Projekt unter: <http://www.hungeraufkunstundkultur.at/wien>

leinerziehende soll verbessert werden. Das Existenzminimum ist nur in zehn Kantonen steuerfrei, eine Ausweitung der Steuerfreiheit wird erwogen.

4. Fazit

Der Expertenaustausch hat verdeutlicht, dass die Datenlage zur Armut von Familien und zur Verfestigung von Armut hinlänglich bekannt ist, auch wenn noch Bedarf an Verlaufsstudien besteht, um die soziale Mobilität besser nachvollziehen zu können. Ein flächendeckender Erfolg von Ansätzen zur Vermeidung oder Reduzierung der Armut ist praktisch aber nicht zu verzeichnen.

Die soziale Herkunft und das Bildungsniveau der Eltern entscheiden über das Bildungsniveau und spätere Einkommenschancen der Kinder. Soziale Mobilität wird daher vorwiegend als Bildungsmobilität verstanden. Dementsprechend finden sich länderübergreifend die wichtigsten Ansatzpunkte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich, konkret im Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote (insbesondere Österreich) sowie der Schulung und adäquaten Ausstattung des Personals in der (Grund-)Schule und auch in Kitas, um präventiv wirken zu können.

Für die Schulphase ist es nach Ansicht der Expertinnen und Experten wichtig, eine zu frühe Trennung der Bildungswegen zu vermeiden (insbesondere in der Schweiz und in

Deutschland). Denn je früher die Trennung mit Blick auf das angestrebte Bildungsziel erfolgt, umso weniger gibt die Leistung und Motivation des Kindes den Ausschlag als das Interesse der Eltern am jeweiligen Bildungsziel. In der Schulphase werden informierte, aktive Eltern erwartet, an die ein Teil der Bildungsaufgaben delegiert wird. Können Eltern die Erwartungen nicht erfüllen, ist es erforderlich, die Elternkompetenz zu stärken und Kindern aus bildungsfernen Haushalten auf anderem Wege zu fördern. Laut Armuts- und Reichtumsbericht gelingt es in Deutschland vergleichsweise schlecht, die schwächsten Schüler zu integrieren und angemessen zu fördern.¹² Um nach Abschluss der Schule den Übergang in eine Berufsausbildung zu schaffen, gibt es in der Schweiz aktuell Überlegungen, ein „Recht auf Ausbildung für alle“ einzuführen, an welches sich dann ein bedarfsgerechtes Fallmanagement anknüpfen lässt.



Quelle: pexels

Neben Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungserwerbs und Überwindung von Bildungsbarrieren für mehr soziale Mobilität wurde der Ausbau von Angeboten zu Armutsprävention von den Expertinnen und Experten diskutiert. Die präventiven Angebote sollten an Regeleinrichtungen wie Kita, (Grund-)Schule oder Einrichtungen des Gesundheitswesens „angedockt“ werden und zur Schaffung von „Präventionsketten“ führen, damit alle (auch belastete) Familien mit Kindern in jeder Lebensphase Zugang zu Beratung und Information über Hilfeangebote erhalten.

Last, not least, spielt die Verbesserung der Einkommenssituation von Familien in Armut eine Rolle. Das kann über die stärkere Erwerbsintegration von Frauen erfolgen (insbesondere Österreich) oder über Anreize zur Erhöhung der Erwerbsintensität bei Frauen (Schweiz und Deutschland). In allen drei Ländern wird an einer Verbesserung des Unterhaltsvorschlusses gearbeitet, um gezielt die Einkommenssituation Alleinerziehender zu verbessern. Weitere Maßnahmen zielen auf die Einführung von Mindestlöhnen, die helfen sollen, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede auszugleichen (Österreich) oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen und den Familien und ihren Kindern damit den Weg aus der Armut zu ebnet. ■

STELLENAUSSCHREIBUNG



Die Universitätsstadt Göttingen mit ca. 130.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sucht zum **01.07.2018** für die

Stabsstelle Sozialplanung und Integration im Dezernat Kultur und Soziales:

eine Sozialplanerin

oder

einen Sozialplaner

(Entgeltgruppe 13 TVöD)

Kennung: C/Stab/dt)



Näheres unter:

www.stellen.goettingen.de

Den Ausschreibungstext können Sie unter Tel. (0551) 400 2331 anfordern.

**Stadt Göttingen, Hiroshimaplatz 1-4
37070 Göttingen**



GÖTTINGEN
STADT, DIE WISSEN SCHAFFT

12) 5. Armuts- und Reichtumsbericht (Fußn. 1), S. 266.